asta information
21. november 1668
nummer 29
johann wolfgang goethe-universität
frankfurt-m jügelstraße 1 ruf 0611-7983186

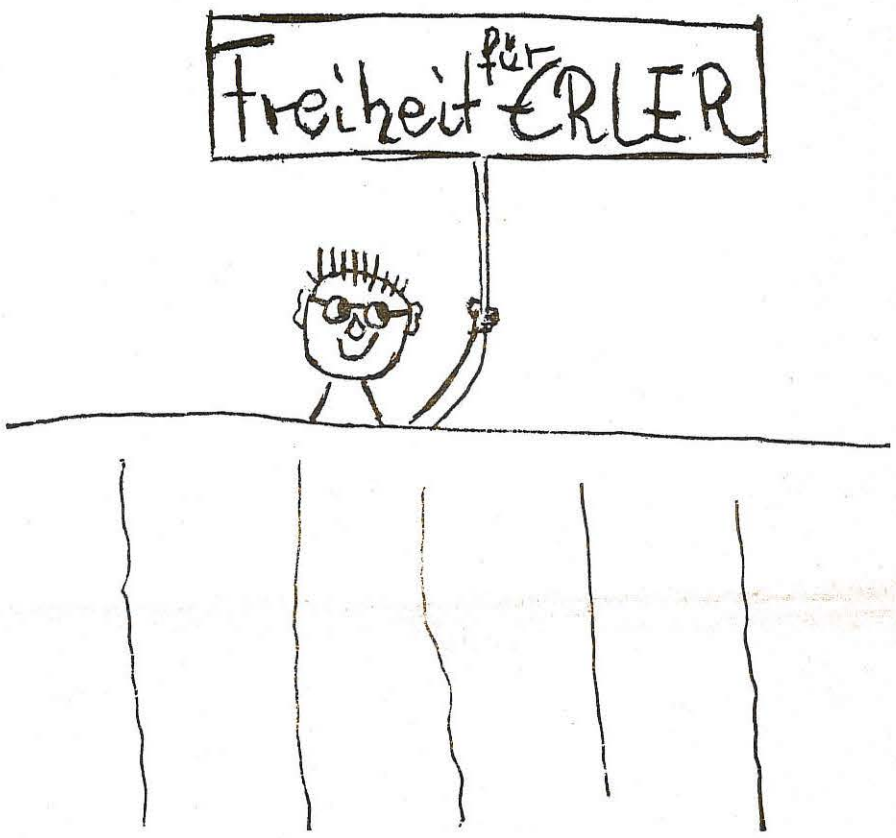
Professorale Tastversuche

Krise der juristischen Fakultät – Krise der Rechtswissenschaft

Der „Fall Erler", von Professoren und Studenten als Tragikomödie eines alternden „Wissenschaftlers" dargestellt, erweist seine exemplarische Bedeutung, diskutiert man ihn im entsprechenden Rahmen. Es geht hier nicht um das private Unvermögen oder die sture Ignoranz eines juristischen Einzelgängers. Das, was in den letzten Wochen in der Erlerschen „Einführung" geschah, hätte in fast jeder anderen beliebigen Vorlesung passieren können.

Man hat den kritischen Studenten entgegengehalten, es ginge nicht an, den Professor auf ein bestimmtes Programm verpflichten zu wollen. Jedes diesbezügliche Verhalten verletze das Prinzip der Lehrfreiheit. Geht man von der alles andere denn revolutionären Vorstellung aus, die Universität müsse ihre Aufgabe in der Einübung in gesellschaftliche Berufspositionen finden, so ist leicht einsichtig zu machen, inwieweit die Jurisprudenz diesem Anspruch nicht gerecht wird. Zu denken ist hier nur an die Unfähigkeit der Richter, selbständig Entscheidungen in wirtschaftsrechtlichen Fragen zu fällen. Kaum anders ist die Situation beim Strafrichter, der, hat er nur Universität und Repetitor frequentiert, nicht in der Lage ist zu begreifen, daß Schuld keine Frage der freien Entscheidung eines rationalen Individuums ist, sondern nur aus sozialen Konfliktsituationen sich definieren läßt. Der nach diesen Kriterien bestimmte output an Studenten aus juristischen Hörsälen ist mithin schlechterdings gesellschaftlich dysfunktional, dysfunktional freilich im Sinne von gesellschaftlich veraltet: er kann die Probleme einer hochtechnisierten Gesellschaft nicht lösen helfen.

Einen solchen Anspruch an Wissenschaft wird man allerdings schlicht als borniert bezeichnen können. Denn gerade die Gesellschaft, für die Arbeitspotential ausgerichtet wird, hat zugleich Gegenstand kritischer Reflexion zu sein. Will Wissenschaft dem Vorwurf der Anpassung an unbefragte Ideologien entgehen, so muß sie über die Ziele ihres Tuns nachsinnen. Das jedoch heißt, eignes Handeln in seiner sozialen Relevanz verstehen. Jurisprudenz löst sich



in diesem Punkt in Soziologie auf. Wie anders sollte der Jurist begreifen, was es bedeutet, einen Zeitungskonzern zu blockieren, wenn er nicht eine Ahnung vom Problem des Parlamentarismus, von Pressekonzentration, Manipulation etc. hat. In einer solchen Situation sprachloser Subsumtionsmechaniker zu sein, ist der Vorwurf an die gängige Rechtswissenschaft. Der in ihr Unterrichtete steht in einer Gesellschaft sozialer Antagonismen, ohne auch nur den blassesten Begriff davon zu haben. Das Schlagwort von der „Politisierung der Wissenschaft" kann danach nicht heißen, Wissenschaft an totalitäre Ideologien zu fixieren (wie es in völliger Verkennung des Problems heißt), sondern bewußt zu machen, daß Wissenschaft ein Politikum ist, so wie das handelnde Individuum ein politisch handelndes ist.

Von diesem Ansatz wird einsichtig, warum es nicht angehen kann, Jurisprudenz als Rechtsgeschichte zu betreiben. Damit soll nicht gesagt sein, daß Rechtsgeschichte keinen Platz innerhalb einer Rechtswissenschaft hat, gemeint ist nur, daß ein solches Konzept sich von einem kritischen Wissenschaftsbegriff her nicht legitimieren läßt. Genau das aber war die Forderung der Fachschaft. Sie verlangte von Herrn Erler, seinen Wissenschaftsbegriff zu explizieren, um aufgrund einer solchen Diskussion bestimmen zu können, was Jurisprudenz heute heißen muß und wie man sie nicht betreiben kann. Dieser Frage freilich entzog sich Erler. Das Argument „ich habe kein Konzept, ich taste mich so heran" dürfte, versteht man es in bezug auf eine Rechtstheorie, symptomatisch für unsere augenblickliche Lage sein. Das ist der Grund, warum Erler kein Einzelfall ist. Das ist zugleich der Grund, warum der Konflikt in der Erlerschen Vorlesung ein potentieller Konflikt einer jeden juristischen Vorlesung ist. Als einziger der Professoren hatte Wiethölter das erkannt, als er auf dem teach-in während der Aussperrung sagte: „Die Krise in unserer Fakultät ist eine Krise der Rechtswissenschaft, eine Krise unserer Gesellschaft."

Ein weiteres läßt sich am Fall Erler zeigen. Nachdem die den Ausführungen Erlers folgende Diskussion den Punkt erreicht hatte, wo das fragwürdige Verständnis von Wissenschaft deutlich wurde, brach er diese mit dem Argument ab, er sei Herr in der Vorlesung, er bestimme deren Art und Umfang. Das Prinzip der Lehrfreiheit leite sich aus dem Grundgesetz her. Nun mag es für einen obrigkeitlichen Staat angemessen sein, daß dessen Bürger dem Diktum des Herrschers zu folgen haben, für eine demokratische Gesellschaft freilich ist ein solcher Anspruch ein purer Widersinn. Darüber hinaus heißt es die Intention der Grundrechte gründlich mißverstehen, wenn man meint, Lehrfreiheit bedeute Freiheit zur Verbreitung von Irrationalitäten. Die Grundrechte waren ihrem ursprünglichen Sinne nach konzipiert als Abwehrrechte gegen einen die bürgerliche Gesellschaft *bevormundenden Staat*, nicht jedoch gegen deren Bürger. Meint man freilich, wenn nicht einmal der Staat das Recht hat, in die Freiheit der Lehre einzugreifen, so dürfe es schon gar nicht dem Studenten zugestanden werden (wie es im von Erler unterzeichneten „Marburger Manifest" heißt), so wird die professorale Argumentation zwar einsichtig, nicht jedoch richtig. Wissenschaft im hier gemeinten Sinn kann sich nur in einem Medium herrschaftsfreier Diskussion vollziehen. Diskussion freilich als konsequenzenloses Parlieren begreifen, bedeutet deren Sinn pervertieren. Wiewenig auch dieses zweite Kriterium bei der augenblicklichen Herrschaftsstruktur der Universität zu realiesieren ist, ließ sich wiederum in der Erlerschen Vorlesung deutlich machen. Insofern ist auch hier der Fall Erler nur die Exemplifizierung eines allgemeinen Prinzips. Nichts konnte dies anschaulicher machen als die Reaktion der Professoren auf „die Störung des Lehrbetriebs" eines ihrer Kollegen. Rationale Argumentation ist so lange zum Scheitern verurteilt, als es Machtpositionen innerhalb der Universität gibt, die sie per Beschluß zu unterdrücken vermag.
Damit könnte sich der Fall Erler als Ausgangspunkt für die Einübung in Ungehorsam gegen professorale Ignoranz und Herrschaft in einer Fakultät ausweisen, die durch nichts bekannter ist als durch den Ruf, seit Jahrzehnten tot zu sein, wenngleich die Agonie Arges noch verursacht. R. E.

MEMORANDUM der juristischen Fachschaft

Sachverhalt:
Prof. Erler führt in diesem Semester zum ersten Mal die Vorlesung „Einführung in die Rechtswissenschaft" durch. Sie findet dienstags und donnerstags jeweils von 10 bis 11 Uhr im Hörsaal O statt. Die ersten Stunden führten zu Klagen von Erstsemestern über Gestaltung und Inhalt der Vorlesung. Vorlesungsteilnehmer und Fachschaftsvertreter versuchten daraufhin, mit Prof. Erler über Ausführungen zum Beruf des Richters und zum Problem der Gerechtigkeit zu diskutieren. Das geschah am Donnerstag, dem 30. 10. Zum Inhalt dieser Diskussion vgl. den „Offenen Brief" der Juristischen Fachschaft. Zehn Minuten vor Schluß der Stunde brach Prof. Erler die Diskussion unter dem Hinweis ab, daß er „Art und Umfang der Vorlesung bestimme". Am Dienstag, dem 4. 11., legte die Fachschaft Prof. Erler und den Vorlesungsteilnehmern einen „Offenen Brief" vor, in dem eine Diskussion über den Inhalt einer „Einführung in die Rechtswissenschaft" vorgeschlagen wurde. Die bisherigen Ausführungen Prof. Erlers wurden kritisiert, zugleich wurde in Stichworten der Rahmen einer solchen Veranstaltung umrissen. Prof. Erler erklärte auf Befragen, „er habe für die Vorlesung kein Konzept, er taste sich so heran". Statt dessen verlangte er von den Fachschaftsvertretern ein Konzept und kündigte an, daß Herr Kath, der Geschäftsführer des Studentenwerks, während der kommenden Stunde über Stipendienfragen referieren solle. Vorhalte, daß solche Ausführungen nicht in den Rahmen einer „Einführung in die Rechtswissenschaft" gehörten und daß entsprechende Informationen anderwärts sinnvoller gegeben werden sollten, blieben unbeachtet. Am selben Nachmittag kam es zu einem telefonischen Gespräch zwischen dem Dekan der Fakultät Prof. Lüderitz und dem Fachschaftssprecher Herrn Schacht (LSD). Der Dekan machte den Vorschlag, die Vorgänge — und zwar Form- und Methodenfragen — in einem internen Gespräch der Beteiligten zu klären. Der Fachschaftssprecher lehnte dies mit dem Hinweis ab, daß nur eine öffentliche Diskussion mit den Betroffenen über die inhaltliche Gestaltung einer „Einführung in die Rechtswissenschaft" in Frage komme. Nach der privaten Meinung des Dekans „wolle die Fakultät nicht tatenlos zusehen und werde entsprechende Maßnahmen ergreifen". Prof. Lüderitz erklärt weiter, daß er die Auffassung Prof. Erlers teile, wonach der Ordinarius „Art und Umfang der Vorlesung bestimme", weiter betrachte er die Juristische Ausbildungsordnung nicht für sich verbindlich. Es wurde ein weiteres Telefonat für Mittwoch vereinbart, um Entscheidungen der betroffenen Gremien herbeiführen zu können.

Am Mittwochnachmittag zweites Telefongespräch zwischen Dekan und Fachschaftssprecher: „Die Fakultät biete eine öffentliche Diskussion an, jedoch außerhalb der Vorlesungszeit, da sonst die Lehrveranstaltung verunmöglicht werde." Herr Schacht erwiderte, daß die Vorlesung sich durchaus selbst thematisieren könne und ihm die Haltung der Fakultät deshalb völlig unverständlich sei, da man Herrn Kath zu einem Referat gebeten habe, was in keinem Zusammenhang mit einer „Einführung in die Rechtswissenschaft" stehe. Prof. Lüderitz bestritt dies.

In einem weiten Telefonat teilte der Fachschaftssprecher am Abend mit, daß die Fachschaft die Vorlesung besuchen und dort ein eigenes Konzept zur inhaltlichen und didaktischen Gestaltung der „Einführung" zur Diskussion stellen werde. Prof. Lüderitz bedauerte dies und kündigte an, daß die Fakultät alles unternehmen werde, um den „Vorlesungsbetrieb" aufrechtzuerhalten.

Die Vorlesung am Donnerstag begann in Abwesenheit von Prof. Erler und Herrn Kath. Anwesend waren zu 90 Prozent Erstsemester, Fachschaftsvertreter, einige Studenten älteren Semesters und Assistenten. Die Juristische Fachschaft übergab den Studienanfängern eine Broschüre des VDS zur „Stipendienbeschaffung". Der AStA-Vorsitzende Birkholz hatte Herrn Kath, in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Studentenwerks, ein Referat in dieser Vorlesung untersagt, da die Studenten über den Inhalt dieser Vorlesung diskutieren wollten.

Die Fachschaft verteilte weiter ein Flugblatt, das ein Konzept (Themen, Themenbereiche) für eine „Einführung in die Rechtswissenschaft" enthält. Als das vorgelegte Programm diskutiert werden sollte, betrat Prof. Erler in Begleitung seines Assistenten, Herrn Sellert, den Raum. Wutentbrannt unterrichtete er die Anwesenden davon (das war vorher bereits durch den Fachschaftssprecher geschehen), daß Herr Birkholz Herrn Kath ein Referat untersagt habe. Prof. Erler erklärte, „er sei der Herr der Vorlesung". Er sagte: „Er dulde keine Wortmeldungen, außer von Erstsemestern". Als sich daraufhin Herr Thomas (LSD, 1. Semester) zu Wort meldete, schloß Prof. Erler für diese Vorlesung grundsätzlich jede Wortmeldung aus. Eine Äußerung des Fachschaftssprechers quittierte Prof. Erler mit dem Ruf, „Gehen Sie raus". Nach Zwischenrufen verließen Prof. Erler und Herr Sellert sowie etwa 20 Studenten den Raum. 80 Prozent der Erstsemester und die anderen Anwesenden diskutierten im weiteren Verlauf der Stunde über Form- und Methodenfragen, den Wissenschaftsbegriff nach Art. 5, 3 GG, sowie über mögliche Disziplinierungsmaßnahmen der Fakultät. Es wurde vereinbart, die Veranstaltung am kommenden Dienstag fortzusetzen. Themen sollen der Vorschlag der Juristischen Fachschaft und, sofern möglich, Beiträge zum Problem des „Schuldstrafrechts" sein. Zu diesem Zweck wurde ein Arbeitspapier mit zwei Sachverhalten und Literaturangaben verteilt.

Inzwischen distanzierte sich Prof. Diestelkamp von „Form und Inhalt" der „Aktion Erler". Er wies die Vorlesungsteilnehmer (Sachenrecht) darauf hin, daß in der nächsten Woche Studentenwahlen seien und daß man sich überlegen solle, ob man LSD wähle.

Fortsetzung auf Seite 4

Anträge der Juristischen Fachschaft zur a. o. Fachschaftsvollversammlung am Dienstag, dem 12. 11. 1968:

1. Die Aussperrung wird aufs schärfste verurteilt.
2. Es erfolgen weder disziplinarische noch strafrechtliche Maßnahmen, noch sonstige Sanktionen gegen die an der gegenwärtigen Auseinandersetzung beteiligten Personen. Jeder Druck gegen diesen Personenkreis wird adäquate Gegenmaßnahmen der Studenten hervorrufen.
3. Die finanziellen Unkosten, die der Fachschaft aus Anlaß der jetzigen Vorfälle entstanden sind, werden von der Fakultät ersetzt.
4. Die Fakultät veröffentlicht das bzw. die Memoranden von Professor Erler in ausreichender Auflage.
5. Professor Erler wird aufgefordert, in der Vorlesung „Einführung in die Rechtswissenschaft" ein eigenes Konzept vorzulegen (unter Berücksichtigung von Rechtstheorie, Methodologie und Didaktik) und das Konzept mit den Studenten zu diskutieren.
6. Die Entscheidung über den weiteren Inhalt der Vorlesung (Einführung in die Rechtswissenschaft) wird nach der Diskussion von allen Betroffenen gefällt.
7. Der Lehrende stellt zu Beginn einer Lehrveranstaltung sein Konzept in einem Diskussionsbeitrag dar, aus dem ersichtlich wird, unter welchen rechtstheoretischen, methodischen und didaktischen Aspekten etc. er Inhalt und Form seiner Vorlesung bestimmt.
8. Zugleich sind die Formen des Leistungsnachweises in Übungen und Prüfungen zu problematisieren.
9. Die Studentenschaft wird an den Gremien der Fakultät mit einem Drittel beteiligt. Die Aufstellung eines Negativkatalogs (Berufungen etc.) unterbleibt.
   Wir fordern die Öffentlichkeit aller Entscheidungsprozesse innerhalb der Fakultät:
   a) Mündliche Prüfungen sollen allen Studenten zugänglich sein.
   b) Während der Prüfung ist ein offizielles Protokoll zu führen, das jederzeit eingesehen werden kann.
   c) Ein Vertreter der Fachschaft nimmt an den eigentlichen Prüfungsberatungen als Beobachter teil.
   d) Sämtliche Prüfungsunterlagen können auf Verlangen eingesehen werden.
   e) Fakultätssitzungen sind öffentlich.

Die Juristische Fachschaft fordert die Fakultät auf, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Flugblatt vom Dienstag, 4. November 1968
Juristische Fachschaft Juristische Fachschaft

OFFENER BRIEF

Werter Herr Professor Erler!

§ 9 I der juristischen Ausbildungsordnung schreibt vor:
„Die erste juristische Staatsprüfung ist vorwiegend Verständnisprüfung, in der auch die Denkfähigkeit, die Bildung und das auf Kenntnissen beruhende Verständnis des Bewerbers für die geschichtlichen und philosophischen Grundlagen des Rechts sowie für wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge festzustellen sind."

Auf Grund Ihrer Ausführungen wärend der letzten Stunde über den Begriff der Gerechtigkeit (Gerechtigkeit = Alter + tiefes, langes Nachdenken + Selbsterziehung + graue Haare) muß es mehr als fraglich erscheinen, ob diese den von der JAO aufgestellten Kriterien genügen. Eine wissenschaftliche Erörterung des Begriffs der Gerechtigkeit müßte diesen zumindest vor dem Hintergrund des Strukturwandels vom liberalen Rechtsstaat zum Sozialstaat diskutieren (veränderte Interpretation von Grundrechten). Hierbei wären gemäß der JAO statt der von Ihnen vorgetragenen subjektiven Meinungen rationale Kriterien für die Anwendung von Recht anzugeben.

Die von Ihnen auszubildenden Richter sollen nicht nach ihrer subjektiven Meinung, sondern objektiv Recht sprechen.

Wie das an Hand Ihrer Ausführungen während der letzten Stunden über:
den Inhalt von Goethes Faust,
die Männlichkeit des juristischen Berufs,
die Notwendigkeit, eine Schreibmaschine zu besitzen
sie mit zehn Fingern blind bedienen zu können
erreicht werden soll, bleibt uns nachgerade unerfindlich.

Uns scheint es an der Zeit zu diskutieren, ob eine Einführung in die Rechtswissenschaft sich an allgemeinen Lebensweisheiten und Bauernregeln ausrichten kann, oder ob sie sich nicht vielmehr an Problemen wie Rechtsstaat - Sozialstaat, Drittwirkung von Grundrechten, Arbeitsrecht, öffentliches Recht - Privatrecht, Politisches Strafrecht usw. orientieren sollte.

Schacht (Fachschaftssprecher)
Juristische Fachschaft Juristische Fachschaft

Konzept „Einführung in die Rechtswissenschaft"

Dem Konzept der Fachschaft liegen verschiedene Aspekte studienreformerischer Natur zugrunde.

1. Eine systematische Rechtswissenschaft, vor dem Hintergrund des Strukturwandels vom liberalen Rechtsstaat zum Sozialstaat, existiert nicht mehr. In einer Einführung müssen die relevanten Problemzonen des Rechts aufgezeigt werden.
2. Die Erarbeitung des Stoffs hat in einem „herrschaftsfreien Raum" zu erfolgen (kein Ordinarienprinzip).
3. Eine Einführung hat an Hand des praktischen Erfahrungsbereiches von Erstsemestern zu geschehen.
4. Die theoretische Arbeit ist mit praktischen Einsichten (z. B. Gerichtspraxis) zu verknüpfen.
5. Die Stofferarbeitung hat weitestgehend selbsttätig zu erfolgen. Beiträge werden von Arbeitskreisen vorbereitet.
6. Bei einer „Einführung in die Rechtswissenschaft" sollen auch Vertreter anderer Disziplinen beteiligt werden.

Wider einen falsch verstandenen Revolutionsbegriff

Zur Hochschulstrategie des SHB

Der SHB versteht sich als Transmissionsriemen zwischen außerparlamentarischer Opposition und den etablierten Institutionen. Eine partielle Kooperation und Mitarbeit wird nicht prinzipiell ausgeschlossen oder angenommen werden können, sondern nach den konkreten Bedingungen entschieden werden müssen. So hat beispielsweise der SHB auf die ihm formell zustehenden Sitze in höheren Parteigremien verzichtet, ausgehend von der Erfahrung, daß eine Veränderung der Politik der Partei von oben nicht möglich ist. Wir wollen und können jedoch nicht darauf verzichten, in Gremien mitzuarbeiten, die zwar auch etablierte Institutionen sind, die jedoch, wie z. B. AStA und VDS, demokratischer strukturiert und politisch-effektiver sind. Es wäre zum einen ein völlig unpolitischer Purismus, wollte man aus prinzipiellen Einwänden gegen Parlamentarismus und Bürokratie den AStA rechten Gruppen überlassen, damit zugleich verzichten auf eine potentielle Einflußnahme auf universitäre Gremien. Man wird sicher von Fall zu Fall zu prüfen haben, inwieweit Beschlüsse, die auf plebiszitär egalitärem Weg zustande gekommen sind, qualitativ höher zu bewerten sind als solche des Studentenparlaments; es wäre jedoch politischer Euphemismus, wollte man eine permanente Massenbasis als politisches Entscheidungszentrum annehmen. Qualitative Veränderungen an der Universität, d. h. eine Veränderung der Lehrinhalte, der Seminarpraktiken, der Beteiligung der Studenten an Berufungen, Etatplanungen etc., *werden durch direkte Aktionen allein* nicht erreicht werden können, sondern bedürfen zäher, institutioneller Kleinarbeit. Wir können und wollen nicht verzichten auf eine immanente Verbesserung der Universität, daher beteiligen wir uns an Institutsräten, Fachschaften, Universitätsgremien vorab mit der Absicht die Universität zu reformieren, wobei Maßstab der von uns akzeptierbaren Reformen ist, inwieweit sie geeignet sind, das System zu überwinden und Ansatzpunkte für eine Veränderung der Gesellschaft zu bieten. Dabei wenden wir uns gegen jene reformistischen Bestrebungen, die unter Anerkennung kapitalistischer Rationalitätsgesichtspunkte lediglich eine Effektivierung des Studiums und einen höheren output an Fachidioten beabsichtigen. Daher müssen wir das Hessische Hochschulgesetz als reformistisches Modell ablehnen, weil es den Studenten Mitbestimmung suggeriert, wo ihnen allenfalls ein Mitdabeisein gewährt wird. Zu fordern sind Reformen, die den Studenten wirkliche Machtpositionen bieten, von denen aus das System zu transzendieren ist. Dabei können diese Machtpositionen sowohl zur Aufzeigung von Konflikten und antagonistischen Widersprüchen, d. h. zur Politisierung der Studenten benutzt werden als auch zur immanenten Strukturverbesserung der Universität. Zentral bleibt jedoch, daß wir Reformen ablehnen, die lediglich der Harmonisierung von objektiv weiterbestehenden Gegensätzen dienen und die bestehende Unruhe unter Studenten nur befriedigen wollen. Wir sind andererseits aber auch nicht der Meinung, daß eine Demokratisierung der Universität ohne eine vorhergehende Demokratisierung der Gesellschaft möglich ist. Vielmehr müssen wir auch in einer demokratischen Gesellschaft eine demokratische Universität anstreben. Opposition also gegen reformistische Politik, Opposition aber auch gegen politische Praxis, die darauf verzichtet radikaldemokratisch die Restbestände eines demokratischen Zusammenlebens zu verteidigen, ohne die bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen politische Praxis nicht möglich ist. Das allerdings impliziert den Versuch, eine Isolierung der Studenten zu verhindern und für diesen radikaldemokratischen Kampf eine breite Solidarisierung zu erreichen. Voraussetzung dafür ist eine massenhafte Aufklärung, Mittel: direkte Aktionen. Daher ist primäres Ziel von Aktionen Aufklärung über und Veränderung von unhaltbaren Zuständen und eben *nicht die Konsolidierung disparater Gruppen oder gar die Stabilisierung der Persönlichkeit der Demonstranten.* Es soll hier nicht einer praxislosen Theorie das Wort geredet werden, doch wenden wir uns gegen einen blinden Aktionismus, der sich abschirmt „gegen das intellektuelle Eindringen in die Materie eines Faches zugunsten einer verselbständigten revolutionären Dauerbereitschaft." (Habermas) Im Kampf um eine demokratische Hochschule und Gesellschaft gilt es vor allem zwei Gefahren zu vermeiden, zum einen eine sektiererische, isolationistische Position der Studenten, von der aus progressive Studenten nur noch die wandelnden Harlekine des Systems sind, zum anderen auch eine reformistische Kabinettspolitik, die aus Angst vor entpolitisierten Massen, grundsätzlich auf provokative und spektakuläre Aktionen verzichtet und sich damit kampflos den Spielregeln des Systems anpaßt.

M. S. (SHB)

WAS TUN?

HHG-Novellierung

Der „Referentenentwurf" zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes kann richtig nur dann eingeschätzt werden, wenn die politische und soziale Situation den Horizont der Untersuchung bildet. Damit ist gemeint: die wachsenden Universitäten kosten ständig mehr, Kosteneinsparungen werden am ehesten auf dem Rücken der Einflußlosen ausgetragen, der Studenten, auch der zukünftigen, wenn es im Parlament um Prioritäten der Finanzierung geht. Also nicht energischer Ausbau der Universitäten, sondern ein System von straffen Studiengangreglementierungen, mehr daten- als methodenorientiert, auch ohne Freiraum für mehr als fachbezogene, gar politisch sich selber aufklärende Interessen, um so den „Durchlauf" der Studenten durch die Universität zu erhöhen, bei gleichbleibender „Rohrbreite". Zu diesem Abbau der Bildungschancen gehört auch die Erschwerung des Zugangs zur Universität: Kultusminister Schütte äußerte sich während der 2. Lesung des Etats am Mittwoch vergangener Woche dahingehend, daß in Zukunft eine „Explosion" der Hochschulen nur durch eine weitere spezielle Zulassungsprüfung verhindert werden könne. Es ist selbstverständlich, daß man ein Gesetz, das Mittel zu einer solchen Lösung des Problems „Studentenlawine" bereitstellt, bekämpfen muß: im eigenen Interesse, im Interesse derer, die nach uns auf die Universität kommen, im Interesse einer besseren Gesellschaft. Die üblichen Mittel gegen ein kommendes Gesetz: Änderungsvorschläge als Petition an den Landtag vorlegen, versuchen, eine Parlamentslobby für studentische Interessen zu bilden, Anhörung verlangen. Ersteres ist bereits geschehen: eine offizielle Stellungnahme zum Referentenentwurf und zwei von den hessischen Studentenschaften ausgearbeitete Novellierungsvorschläge sind da. Mit der Parlamentslobby sieht es schlechter aus: obwohl im vergangenen Jahr die Parteiversammlungen Hessen Süd und Nord Anträge mit den studentischen Forderungen nach Drittelparität annahmen, kann der Kultusminister ungeniert einen Entwurf vorlegen, der Drittelparität nur in einem fast ganz machtlosen Gremium (dem neuen Konzil) vorsieht. Bleibt, was wir selber tun können.

Wir haben eine — wenn auch geringe — Erfolgschance wie bislang durch massenhaften Druck. Dazu bereit sind wir nur als Informierte. Wir werden also noch weiterhin, über die Kritiken, die in der Studentenpresse bislang erschienen sind, hinaus, uns mit dem „Referentenentwurf, dessen Konsequenzen, befassen müssen: auf Fachschaftsvollversammlungen, in Lehrveranstaltungen, in *politischen Gruppen. Wir werden uns erneut mit dem* Gedanken eines Universitätsstreiks — diesmal hoffentlich zusammen mit progressiven Professoren — andernfalls einer Blockade befassen müssen. Es wäre nur wünschenswert, wenn auch das ads die Notwendigkeit einer solchen Reaktion endlich einsieht, als ernsthafte Vertretung studentischer Interessen. Wir werden unsere Meinung erneut in die Bevölkerung hineintragen müssen, unter Aufhellung des Zusammenhangs von technokratischer Hochschulreform, Notstandsgesetzgebung, Remilitarisierung.

Auch an einen „Marsch nach Wiesbaden" von allen hessischen Studentenschaften, ähnlich dem in Baden-Württemberg, ist zu denken. Gleich wichtig ist die Erneuerung der Politischen Universität als einer zeitlich begrenzten Aufklärung aller Studenten über die politische, ökonomische Situation und eine verstärkte aktive Kritik an bornierten Lehrveranstaltungen. Alles dies mit dem Bewußtsein einer nur schrittweisen Erreichung hochschulreformpolitischer Ziele, damit nicht einige unter uns einer ähnlichen Apathie verfallen wie nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Sommer, sondern ihre Aktivität als exemplarische Darstellung demokratischer Verhaltensweisen begreifen können.

V. Feger (SHB)

Mehr als Tagesnachrichten

und unverbindliche Kommentierung verlangt der Zeitungsleser, der mitten im Leben steht und an der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Verantwortung mitträgt. Der kritische Leser weiß es zu schätzen, wenn sich die „Frankfurter Rundschau" — eine der großen deutschen Tageszeitungen — aktiv mit seinen Problemen befaßt. Die „Frankfurter Rundschau" greift immer wieder heiße Eisen auf. Sie übt Kritik, wo es notwendig erscheint. Leitartikel, Kommentare, Reportagen und Glossen der „Frankfurter Rundschau" haben Format. Bilden Sie sich selbst ein Urteil. Verlangen Sie Probelieferung. Senden Sie umstehenden Gutschein auf einer Postkarte oder im Briefumschlag an

Frankfurter Rundschau

Vertriebsabteilung - 6 Frankfurt am Main 1 - Postfach 3685 - Telefon 21 99 513

Vorzugspreis für Studierende

monatlich DM 3,15 als Abholabonnement
monatlich DM 3,40 bei Postzustellung
monatlich DM 3,80 durch Träger

In **Frankfurt am Main** erhalten Studierende die „Frankfurter Rundschau" durch Träger, per Post oder bei folgenden autorisierten Abholstellen: Merkur-Zeitschriftenkiosk an der Bockenheimer Warte; Zeitschriften Karl Mosterts, Robert-Mayer-Straße 17; Bücher und Kollegbedarf Carl Siol, Jordanstraße 11; Vertriebsschalter im Rundschauhaus am Eschenheimer Turm.

asta information

Erscheint jeden zweiten Donnerstag im Semester in 10 000 Exemplaren.

Herausgeber: Das Parlamentspräsidium
Redaktion: Rainer Erd (verantwortlich)

Anschrift d. Redaktion: Frankfurt a. M., Jügelstraße 1, Telefon 7 98 31 86 und 77 75 75

Anzeigen: Werner Dömming

Gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH., Frankfurt a. M.

Die Vorlesung:

Abbau der Konsumentenhaltung

Die Institution der Vorlesung soll umfunktioniert werden. Das Schema: Einer trägt vor plus 100 schreiben mit: aber was? ist fragwürdig. Die Kritik an der Vorlesung beruht auf zwei Prinzipien: 1) kritisches Bewußtsein und 2) Effektivität. Die widerstreitenden Parteien werfen sich gegenseitig den Mangel an beidem vor. Tatsache ist, daß in manchen philologischen Fächern von 80 Studenten einer Vorlesung höchstens 8 den Roman oder das Drama gelesen haben, über das gerade gelesen wird. Soweit die tatsächliche Effektivität. Diese wird natürlich nicht gesteigert, wenn ein Professor über 20 Romane liest und noch mehr, während die meisten Studenten — schon oft wegen einer dementsprechenden Schulung — nicht gewillt, gewohnt oder in der Lage sind, in der Woche wenigstens einen fremdsprachlichen Roman von 500 Seiten zu lesen. Von da bis zur Vorlesungskritik, die nicht nur kritisches, sondern auch ein Minimum an informiertem Bewußtsein erfordert, ist es dann noch ein weiter Schritt. Viele wollen nicht glauben, daß man sich für Literatur, die sie studieren, auch interessieren und engagieren muß, auch wenn man intelligent ist.

Will man die Vorlesung umfunktionieren, „besser machen", so ist es sicherlich falsch, getrennt nach kritischer Ideologie und nach Fachwissen vorzugehen. Vorlesung umfunktionieren heißt auch Aktivierung der Vorlesungsbesucher. Die Kritiklosigkeit oder der Kritikmangel des Vorlesungsbetriebes bedingt sich gegenseitig mit einer geistig lähmenden und gelähmten Konsumentenhaltung der Vorlesungsbesucher. Das Recht des einzelnen, sich an der Universität nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entfalten, ist in vielen Vorlesungen einer bösen, lahmen Perversion zum Opfer gefallen. Jeder geht ganz individuell allein in die Vorlesung. Gespräche ergeben, daß der einzelne die Vorlesung besucht, auf daß er etwas ihm Unbekanntes erlerne, auf daß ihm etwas einleuchte, einfalle, auffalle, kurz, damit er etwas „mitkriegen" und mitnehmen könne. Deshalb wird auch soviel mitgeschrieben. Das Mitschreiben wird in den wenigsten Fällen als Erinnerungstechnik oder Konzentrationshilfe verstanden. Wichtig ist das Mitgeschriebene, und das kommt rangmäßig oft gleich nach der Offenbarung. Es gibt Vorlesungen über spezielles Fachwissen und solche die Interpretationen bieten. Mitschriften über Fachliches sind mangels Vorkenntnissen der Mitschreiber, besonders wenn es Anfänger sind, meist lückenhaft und oft falsch. Vor Prüfungen empfiehlt sich eher das Anlesen der in Frage kommenden Kapitel in den Handbüchern, als daß man auf dann jahrealte Vorlesungsmanuskripte zurückgreift. Und was nützen Interpretationen, die man nicht beurteilen kann, weil man das interpretierte Werk nicht gelesen hat? Und wenn das Werk gelesen werden konnte, auf wessen Interpretation kommt es an? Ja, was heißt überhaupt Interpretation? Jedenfalls ist es kein Ergebnis, ein Produkt zum ewigen Verzehr. Es ist ein kritischer Prozeß. Ein do-it-yourself oder Papagei. Wobei mit Papagei nichts gegen einen Nachvollzug einer Interpretation gesagt sein soll, wenn sie nachvollziehbar ist. Und um das nachvollziehen zu können, was manchmal in manchen Vorlesungen gesagt wird, muß gefragt werden, muß diskutiert werden. Wobei ein gelungener Nachvollzug noch nichts über die Qualität der Maßstäbe der Interpretation auszusagen braucht. Für diesen kritischen Prozeß gilt z. Z. im allgemeinen die Faustregel nach dem Motto: „Jeder für sich und die Interpretation des Professors für das Examen". Wobei sich manche Professoren beim Examen gar nicht gerne wiederhören. Aber das hat sich noch nicht rumgesprochen.

Wenn unsere Vorlesungen so lähmend wirken, dann liegt das daran, daß die meisten Vorlesungsbesucher weder untereinander noch mit dem Vortragenden in einen Dialog einzutreten bereit sind. Der Gedanke eines gemeinsamen Lern- und Interpretationsprozesses in Teamarbeit läßt die meisten im Raume erschaudern. Bei vielen nicht so elitär Hochbegabten werden jedoch viele „Einsichten" nur unter dem Zwang zur Äußerung und Formulierung von Argumenten, Thesen und Gegenthesen geleistet. Dieser Zwang darf nicht von oben kommen, sondern aus einer Gruppe, deren gleichberechtigtes Mitglied man ist. Vor einem kann man sich leichter drücken, in der Gruppe ist man nur, wenn man versucht mitzumachen. Gelingt es in einer solchen Gruppe, die Stellungnahmen über einen bestimmten Punkt hinauszutreiben, hat jeder mindestens den Sachverhalt im Griff bzw. die wichtigsten Textstellen im Kopf, auch wenn man sich nicht auf ein Interpretationsergebnis einigen konnte. Dabei gilt, daß einem nichts einfällt, wenn einem nichts auffällt. Wobei aber einem anderen in der Gruppe etwas auffallen könnte. Es kann jedoch nicht der Zweck einer Vorlesung sein, das zu pauken, was dem Professor eingefallen ist. Argumente, Thesen und Unklarheiten, die man nicht versteht, müssen zur Aussprache und, wenn nötig, zur gepflegten Auseinandersetzung kommen. Dieser Antagonismus ist ein wichtiges Moment eines Lernprozesses, der einem informierten Forum nicht vorenthalten werden darf. Man sollte solche interessante Dynamik nicht hinter verschlossenen Sprechstundentüren halten, sondern in den Vorlesungsbetrieb tragen. Das gilt sinngemäß auch für den vielfach geäußerten frommen Wunsch: „Da drinnen möchte ich jetzt mal Mäuschen spielen," wenn hinter verschlossener Tür gerade ein Kommilitone geprüft wird.

In diesem Semester soll im Englischen Seminar die Vorlesung „Shakespeares Historien und Komödien" nach einem Öffentlichkeitsprinzip durchgeführt werden. Das letzte Drittel der zweistündigen Vorlesung wird der Diskussion eingeräumt. Erfahrenermaßen ist es nicht damit getan, nur diese Zeitspanne einzuräumen, wenn die Studenten nicht gewohnt, gewillt und vorbereitet sind, in dieser Zeit etwas zu sagen. Deshalb sollen die Diskussionsbeiträge in kleinen Gruppen erarbeitet und durch gruppeninterne Auseinandersetzungen vorformuliert werden. Dadurch soll jedem Gruppenmitglied die Möglichkeit vorgegeben werden, aktiv in die Forumsdiskussion eingreifen zu können oder dort selber Thesen vorzutragen.

Die Vorbereitungen in diesen Gruppen haben technischen und kritischen Charakter. Aufgaben jeder Gruppe, die je zwei Shakespearestücke zu bearbeiten haben:

1) die Lektüre, Lesen in verteilten Rollen, Textverständnis

2) Diskussion und Beachtung der Forschung, soweit brauchbar, zu Einzelfragen

3) Aufstellen von Thesen und Vorbereitung von Argumenten

4) Abstimmung, welche Frage oder These und vielleicht auch von wem vor dem Forum vorgetragen werden soll.

Der Gegenstand der Gruppenarbeit soll u. a. ein Teil der Vorlesung sein. Im Anschlag des Englischen Seminars wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Belegen der Vorlesung ohne Mitarbeit in den Gruppen unzweckmäßig ist.

Jochen Schild (Anglistik)

Progressive Juristen

Das erste Ergebnis des monströsen finanziellen Alleingangs des ADS endete mit einer bösen Überraschung. Bei der Fachschaftswahl der juristischen Fakultät wurde nicht einer der sechs ADS-Kandidaten gewählt. Die Hoffnung, Studenten mittels sexueller Stimuli für sich zu gewinnen, erwies sich als Fehlkalkulation. Das spricht nur für die Studentenschaft. Denn daß ein bißchen Busen und einige graphisch geschickt aufgemachte Broschüren ein Konzept für eine Studienreform nicht zu ersetzen vermögen, ist nur allzu einsichtig. Von Konzept im Sinne einer kritischen Rationalität zu sprechen, wäre freilich zu vermessen. Die ADS-Kandidaten demonstrierten das. Den Linken wurde der Vorwurf gemacht, sie wollten die Fachschaftsarbeit politisch und nicht sachlich betreiben. Die Alternative zu explizieren, versagte man sich. Auf die Frage, ob die Ableitung lebenspraktischer Entscheidungen aus einer Gesellschaftstheorie mit der Anpassung der Wissenschaft „an bestimmte Ideologien" identisch sei (wie Konrad wohl in seiner Broschüre behauptet) oder aber, wenn nicht, was dann die Kriterien der Entlarvung von Ideologien sind, wußte der ADS-Kandidat nur zu antworten, er habe die Frage nicht verstanden. Ganz anders bei der Vorstellung eines Unabhängigen. Dessen Worte „Ich bin ein treudoofer Optimist, der Gewalttätigkeiten nicht befürwortet" ließen keine ADS-Hand ruhig auf der Bank ruhen, hatte doch endlich wieder einmal einer das Lebenselexier des ADS angesprochen: den SDS als gewalttätige Institution. Bei den Juristen verfing das freilich nicht. So wurde auch das Programm eines weiteren ADSler, „das Studium muß straffer werden", mit wehleidigem Lächeln quittiert. Der Ausgang der Wahl war für die linken Studentengruppen mehr als befriedigend. Es wurden für das Wintersemester gewählt: Thomas (LSD), Erd (SHB), Büker (LSD), Pick (LSD) und Wolff (SDS). Der aus neun Mann bestehenden Fachschaft (vier wurden im letzten Sommersemester für ein Jahr nominiert) sind damit die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Arbeit gegeben. Geplant ist die Einrichtung von Arbeitskreisen zum Problem der politischen Justiz und zur inhaltlichen Reform des Jura-Studiums. Die in diesem Semester leider etwas zu spät erschienene Fachschaftsbroschüre soll im nächsten Jahr zu Ende des Semesters herauskommen. Daneben wird die Diskussion mit der Justizprüfungskommission fortgeführt werden. Die Fachschaft hofft, bei Realisierung dieser Programme, einen Beitrag zur Hochschul- und Studienreform leisten zu können. ar

NOTIZEN

Das Studentenhaus nimmt ab 15. 12. 68 wieder Bewerbungen um einen Wohnplatz in den Wohnheimen auf.

Grawe (Geschäftsführer)

Die Wehrberatung findet jetzt jeden Mittwoch von 13 bis 14 Uhr im Zimmer 12 des AStA statt.

Studentische Ehepaare, die auf Wohnungssuche sind, werden gebeten, sich im AStA zu melden. Der AStA braucht dringend Daten über die Situation der Verheirateten, um die weitere Planung der Wohnheime forcieren zu können.

Fortsetzung von Seite 2

Politische Situation

Prof. Erler und die Juristische Fakultät lassen Diskussionen in Vorlesungen nicht zu, sofern sie nicht über deren Inhalt bestimmen können. Wehren sich Studenten gegen eine unzumutbare Vorlesung und ergreifen sie Maßnahmen, um einen Lehrbetrieb nach den Normen der JAO zu gewährleisten, werden sie individuellem und kollektivem Druck ausgesetzt. Die Fakultät droht Maßnahmen an.

Situation am Donnerstagabend

In einer Pressemitteilung der Presse- und Informationsstelle der J. W. Goethe-Universität wird von allen juristischen Hochschullehrern (mit Ausnahme der Professoren Wiethölder und Gudian) erklärt:

„Um der gesamten Studentenschaft, der Universität und der Öffentlichkeit den Ernst der Lage vor Augen zu führen, werden wir heute, Donnerstag, den 7. 11., ab 15 Uhr und am Freitag, den 8. 11., keine Vorlesungen und Übungen halten."

Die Professoren „beantworten" eine Vorlesungskritik mit einer **allgemeinen Aussperrung.** Die Professoren weiten eine vorlesungsinterne Öffentlichkeit in eine „spektakuläre" Aktion aus, die die unmittelbaren Interessen aller juristischen Studenten berührt. Dieser auf Fehlinformationen beruhende Entschluß war mehr als leichtfertig. Er zeigt, daß die feudale Verfassung der Universität ein professorales Bewußtsein prägt, das „Standesschranken" nicht überspringen kann.

Die Studentenschaft kann diese Repressionen nicht ohne Widerstand hinnehmen!

A-Info **GUTSCHEIN** für eine kostenlose Probelieferung **F**

Ich bin noch nicht Abonnent der „Frankfurter Rundschau" und möchte sechs Tage kostenlos und unverbindlich die „Frankfurter Rundschau" lesen.

Im Anschluß an die 6-Tage-Probelieferung wünsche ich:

☐ **Weiterlieferung zum Vorzugspreis für Studenten** für monatlich: DM 3,15 im Abholabonnement — DM 3,40 bei Postzustellung — DM 3,80 durch Träger*

☐ vorerst keine Weiterlieferung (Gewünschtes bitte im ☐ mit einem X versehen!)

Vor- und Zuname: _____

Hochschule (Kurzname), Fakultät: _____

Wohnort, Zustellpostamt: ( ) _____

Straße, Hausnummer, Zimmer: _____

Studienbestätigung (Stempel):

Datum _____

(Kann auch nachgereicht werden!)

Unterschrift _____

Wir bitten Sie um vollständige und deutliche Eintragungen. *(Trägerzustellung ist nur in/um Frankfurt möglich)

Heinz-Joachim Heydorn:

Antwort auf eine Kritik (Linker Defaitist)

Die Fachschaft der AFE hat in der „asta information" (17. Oktober 1968, Nummer 27) auf Grund eines Berichtes der FAZ zu einigen von mir vertretenen Auffassungen kritisch Stellung genommen. Eine Beantwortung dieser Stellungnahme muß sich auf einige wenige Gesichtspunkte beschränken. Auch wird es zunächst notwendig sein, auf das einzugehen, was ich wirklich gesagt habe.

Ich habe niemals eine Aussage über den Intelligenzgrad der AFE-Studenten gemacht; auch der Bericht der FAZ unterstellt eine solche Aussage nicht. Ich habe lediglich gesagt — und hier mußte die Formulierung zu Mißverständnissen führen —, daß der Zustand der Grundschulen in der BRD und der Charakter ihrer Lehrpläne in hohem Maße auch solche Studenten an der Arbeit auf dieser Stufe interessiert sein lassen, die einer geistigen Herausforderung entgehen wollen. Dies ist tatsächlich meine Meinung. Sie muß jedoch in dem Kontext verstanden werden, in dem sie geäußert wurde. Ich habe eine entscheidende Verbesserung, einen rationalen Charakter der Grundschularbeit sowie eine umfassende vorschulische Erziehung gefordert, weil hier, viel mehr als auf einer späteren Förderstufe, die Unterschiede der gesellschaftlichen Herkunft ausgeglichen werden können. Ich messe der Grundschule somit eine zentrale Bedeutung bei. Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle bemerken, daß das gesamte Lehrerstudium, einschließlich des Studiums der bisherigen Philologen, Gefahr läuft, zu einem Studium minderen akademischen Charakters zu werden. Die Entwicklung in den fortgeschrittenen technologischen Gesellschaften, vornehmlich in den USA, macht dies evident; auch hier ist eine gleiche Tendenz nicht zu übersehen. Wer diese Entwicklung verhindern will, muß nicht nur, wie es der qualifizierte Teil der Studentenschaft tut, auf einem anspruchsvollen Studium bestehen, sondern offen dafür eintreten, daß die ideelle und materielle Geltung des Lehrberufes in der Rüstungs- und Verschwendungsgesellschaft durchgesetzt wird. Wer damit einverstanden ist, innerhalb eines sechssemestrigen Studiums und unter unzulänglichen Bedingungen eine Fakultas für die bisherige Mittelstufe der Gymnasien zu erlangen, während Milliarden für unproduktive Zwecke zum Fenster hinausgeworfen werden, macht sich selbst zum Mittel der Degradation. Die Entwicklung der Produktivkräfte läßt einen neuen Schritt auf die Bildung des Menschen hin zu, doch werden wir nur das erhalten, was wir uns erkämpft haben.

Eben diese Möglichkeit wird heute durch eine neopositivistische Reform versperrt, die sich allerorts ankündet. Das plötzliche Interesse der Gesellschaft an einer Reform ihrer Bildungsinstitutionen ist um so merkwürdiger, als sie nicht daran denkt, ihre Herrschafts- und Produktionsstrukturen zu verändern. In Wahrheit sind die Gründe für diesen Reformwillen unschwer zu erkennen. Die Rezession hat zum ersten Male ernsthaftere Zweifel an der Stabilität der westdeutschen Wirtschaft geweckt, überalterte Produktions- und Ausbildungsweisen gerieten in eine prinzipielle Kritik. Es wurde deutlich, daß auch das überlieferte Schulwesen den Forderungen nach ökonomischer Effizienz, arbeitsteiligem Leistungsdrill und Rationalisierung nicht mehr genügt. Hier sind die Ansätze für die Entwicklung eines Schultypus von marktkonformem Charakter zu suchen. Entscheidend kommt jedoch hinzu, daß der wachsende Ansturm auf die Gymnasien nicht nur außerordentliche Investitionen notwendig macht, sondern daß sich die Schülerschaft dieser Gymnasien selbst, unter der Voraussetzung eines wertvollen, aber erniedrigten Bildungsgutes, gegen die Entwürdigung und Quantifizierung des Menschen zu wenden begann. Mit der gymnasialen Bildung für eine immer größer werdende Zahl junger Menschen hat ein qualitativer Veränderungsprozeß der Gesellschaft eingesetzt, den sie eben nicht zulassen kann, da er die Grundlagen ihres Herrschaftsverhältnisses berührt. Gerade um diese Entwicklung aufzufangen, wird uns eine Gesamtschule präsentiert, die über ihre Kurse den arbeitsteiligen Charakter der Klassengesellschaft reproduziert — nun aber wirksamer, als es die alten Systeme können, und mit besserer Stützung des Kreislaufs —, während über den Kernunterricht ein Unifikationsprozeß beschleunigt wird, der konsum-adäquate Verhaltensweisen sichert. Das leere Vokabularium des Fortschritts, an dem sich linke Pädagogen berauschen, kann über diesen Tatbestand nicht hinwegtäuschen.

Die spätkapitalistischen Schulsysteme, die hier als Vorbild dienen, machen dies zweifelsfrei deutlich: Funktionalisierung der intellektuellen Arbeit, Verlust der Einheit des Bewußtseins, perspektivenloser Kooperationsrummel sind ihr Ergebnis, das mit den Interessen der Herrschenden präzis übereinstimmt. Die Alternative ist eine Schule für alle Kinder des Volkes, die sich als Herstellung der Universalität und Freiheit des Menschen begreift. Nichts anderes hat die große Bildungstheorie von Comenius bis zu Humboldt und Marx intendiert und uns als unerledigte Aufgabe hinterlassen. Das Werden dieser Schule jedoch vollzieht sich mit dem Werden der Gesellschaft selbst, wenn wir es in unsere Hände nehmen.

BWL-Examen?

Das TEAM-Skriptum kann Ihr Examen sichern. Von erfolgreichen Diplom-Kaufleuten für die Praxis des Studiums ausgearbeitet, bietet es die gesamte BWL auf nur 450 Seiten,

- klar gegliedert, verständlich geschrieben
- mit vielen guten Beispielen und Zeichnungen
- am Rande mit Schlagworten versehen
- auf Rotaprint im DIN A 4 Format gedruckt
- mit ausführlichem Register und dazu
- zur Examensvorbereitung ein Fragenband mit über 1000 Fragen

Dieses Skriptum wird Ihnen unverbindlich für eine Woche zur Ansicht zugeschickt. Preis der neuesten Auflage DM 57,— (abz. rückwirkender Mengenrabatt von DM 5,— [10,—] bei Abnahme von 2 [3] Exemplaren).

Zentraler Vertrieb: Team-Skripten

4 Düsseldorf, Lacombletstraße 4

TEAM-Skriptum

Ein neuer Schütteerlaß

Am 5. 10. 1968 ging den meisten Professoren der Philosophischen Fakultät ein Erlaß des hessischen Kultusministers über die Einführung des Stufenlehrers zu (A. Z. H 1 3—465/126—5 vom 14. 8. 1968)!

Darin heißt es: „... (Die neuen Studiengänge sollen) unter Umständen provisorisch mit dem Wintersemester 1968/69 beginnen. Nach Lage der Dinge kann ein später Beginn der neuen Studiengänge weder im Hinblick auf die Notwendigkeit der Schule noch im Interesse der Studienanfänger verantwortet werden.

Die Schule braucht so schnell wie möglich den Grundschullehrer und den Fachlehrer, nicht mehr den Volksschullehrer der 9 Schuljahre. ... (Begrenzung des Studiums auf 3 Studienjahre, 140 Semesterwochenstunden) ... Danach sollen auf die 3 Studienbereiche entfallen: Grundwissenschaften 40 SWStd I. Fach 50 SWStd. 2. Fach 50 SWStd. ... Um das Studium im Bereich der Grundwissenschaften möglichst effektiv gestalten zu können, ist es notwendig, durch geeignete Studienordnungen sowohl eine Konzentration im Hinblick auf das Studienziel als auch eine Kooperation der Grundwissenschaften untereinander und mit den verschiedenen Fachdidaktiken herbeizuführen.

... Zu diesem Ziel bitte ich die Fachvertreter der jeweiligen Fakultät und der Abteilung für Erziehungswissenschaften, den vorläufigen Studiengang und die vorläufige Studienordnung für das einzelne Fach gemeinsam zu erstellen. Auch wäre zu klären, wie die nötigen Lehrveranstaltungen durchzuführen sind. Es ist notwendig, die Prüfungsordnung für das neue Studium möglichst bald zu erstellen. Auch hierzu bitte ich, die entsprechenden Vorarbeiten sofort einzuleiten. Zu Semesterbeginn bitte ich, eine sorgfältige Studienberatung über die neuen Studiengänge anzusetzen ... Ich bitte Sie, sich dieser neuen Planungen ... vordringlich anzunehmen. Für die universitäre Lehrerbildung und die Schule kommt es entscheidend darauf an, die provisorische Studienpläne schon im Wintersemester 1968/69 in Kraft zu setzen. gez. Schütte"

Die Professoren der Universität werden also hier aufgefordert, zusammen mit den Leitern der entsprechenden Abteilungen der AfE innerhalb kürzester Zeit neue Studienordnungen für einen neuartigen Studienweg auszuarbeiten; dessen Studium ab sofort möglich sein soll. Weder Art noch Anzahl oder Art der Durchführung dieser Lehrveranstaltungen sind bisher bekannt, eine Prüfungsordnung existiert nicht und auch keine Rahmenvorschriften hierfür. Aber man hat ja auch 3 Jahre Zeit, sie „möglichst bald" zu erstellen. Außer diesem Erlaß ist der Öffentlichkeit praktisch nichts über den geplanten neuen Studiengang für Stufenlehrer (gemeint ist damit eine akademische Ausbildung von Volks- und Realschullehrern, ein sogenannter „kleiner Studienrat") zugänglich gemacht worden. Selbst der Erlaß war nicht allen Professoren der Philosophischen Fakultät bekannt. Studenten, die nichts über den Stufenlehrer wissen, sollen sofort mit dem Studium beginnen, auf einem Studienweg, der von den Professoren ausgearbeitet werden soll. Damit aber die Unsicherheit nicht gar zu groß wird, werden die Professoren angewiesen, mit Beginn des WS 68/69 eine intensive Studienberatung über den ‚unbekannten, neuen Weg' anzusetzen.

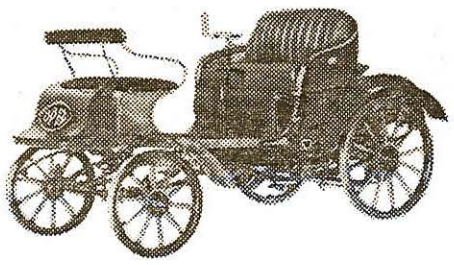
Ein späterer Beginn (sprich: sorgfältige Vorbereitung und Ausarbeitung, evtl. vielleicht auch Anhörung der Studenten) kann „im Hinblick auf die Notwendigkeit der Schule" (endlich wurde die Notwendigkeit der Schule einmal vom Kultusministerium in einem Erlaß fixiert!) und „im Interesse der Studienanfänger" nicht verantwortet werden! Bleibt zu hoffen, daß der Bedarf an Stufenlehrern nicht eine Fehlberechnung des Kultusministeriums ist, wie z. B. das Pädagogische Fachinstitut (PFI) in Wiesbaden, das aus einem Mangel an musisch/technischen Fachlehrern überstürzt errichtet wurde, und das nun nach wenigen Jahren geschlossen werden mußte, weil es zu viele Lehrer lieferte.

Werner Dörr (V Anglistik)

Am Donnerstag, dem 14. 11. 68, wurde aus dem verschlossenen Zimmer des Wahlausschusses von bisher noch unbekannten Tätern eine Wahlurne gestohlen, nachdem am Donnerstagmorgen das Fenster des Wahlausschußbüros eingeschlagen wurde. Der Wahlausschuß hat dem Ältestenrat das Verschwinden der Wahlurne am Freitag mitgeteilt, worauf die Wahl für ungültig erklärt wurde. Die Urabstimmung bleibt von diesem Diebstahl unberührt.

Der Wahlausschuß bittet alle, die beobachtet haben, wie im Laufe des Donnerstagnachmittags eine hölzerne Wahlurne, die mit rotem Kreppapier beklebt war, aus dem AStA-Zimmer 15 entfernt wurde, oder die beobachtet haben, daß eine Wahlurne am Donnerstag durch die oberen Stockwerke des Studentenhauses transportiert wurde, sich beim Wahlausschuß im AStA zu melden. Hinweise werden auf Wunsch vertraulich behandelt. Der Wahlausschuß

1898



stieg der Nähmaschinenfabrikant Opel mit diesem „System Lutzmann"-Wagen in das aufblühende Kraftfahrzeuggeschäft ein. Mit „enormen" rollte man allerorten in das zwanzigste Jahrhundert. Allerdings mehrten sich auch die Auguren, die in der Kraftdroschke den Untergang von Zivilisation und Menschheit sahen. Nun haben es zwar beide überstanden, aber die Motorisierung wurde zu einem Problem ganz anderer Art. Zur Lösung dieses Problems muß eine gute Fahrschule heute unbedingt beitragen.

FAHRSCHULE POHL

6 Frankfurt a. M. · 1 Minute von der Uni · Bockenheimer Landstraße 113
Telefon 77 91 40

Die Fahrschule der Studenten

Chemie und Wahnsinn

Zur Lage des chemischen Instituts

Wir sind progressiv. Wir schaffen die Ordinarien ersatzlos ab – zwei sind schon weg, weil sie resignierten; der dritte und letzte erwartet sehnlichst die Emeritierung, weil der stete Kampf um menschenwürdige Arbeitsverhältnisse seine Gesundheit zerrüttet hat. Die Dozenten der zweiten Reihe sind zum Teil auch schon gegangen, die anderen warten auf den passenden Ruf. Bei uns werden Paritätsdebatten längst nicht mehr ernst genommen.

Wir aber vertrauen auf unseren Kultusminister; er wußte ja nun schon seit seinem Amtsantritt im Jahre 1959 von unseren Nöten. Deshalb wollte er ja auch nicht seine kostbare Zeit opfern und sich die katastrophalen Zustände noch einmal persönlich ansehen, ja, er brauchte wirklich nicht kompetente Vertreter zu schikken – jeder wußte ja, was bei uns los ist. Selbst der Herr Kurator meinte, wir würden nur offene Türen einrennen. Derweilen wurde in seinem Hause ein Exemplar unseres Weißbuches vorzeitig schnell einmal abgelichtet. Wo er's wohl her hatte?

Was aber tat sich eigentlich sonst? Ach ja, für viel Geld wurden DIN-gerechte Stahltüren eingebaut; auch ein interimistisches Mehrzweckgebäude in Sachsenhausen, fern von der Fakultät und ihren Hörsälen, wird irgendwann, vielleicht 1970, einen Teil der Forschung aufnehmen. Es ist sicher effektiv, Forschung und Lehre streng zu trennen. Wir wollen doch den sturen Schulbetrieb.

Im Juni 1968 übernahm ein neues Team die Fachschaft Chemie.

Wir starteten ein Experiment. Wir wollten, wie es in der „Zeit" hieß, „den unter der deutschen Hochschuljugend ziemlich weitverbreiteten Satz, nur der SDS mit seinen Methoden sei imstande, ernsthaft an den schlimmen Zuständen zu rütteln, einer Prüfung unterziehen".

Unsere Methode ist eine abgewogene Mischung aus Höflichkeit, ironischer Konzilianz und äußerster Härte. Auch das „Sachliche Happening" ist uns nicht fremd. Wir wollten feststellen, ob es in einem demokratischen Staate nicht möglich ist, legale Ziele mit legalen Mitteln zu erreichen.

Wir stellen zunächst in Form eines Weißbuches die realen Zustände in unseren Instituten den Richtlinien der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie gegenüber („Ein Schutzengel schützte bisher dieses Haus . . .") Auflage 1000 Stück. Dieses Weißbuch ging in einer konzertierten Aktion – gleichzeitig fand eine große öffentliche Diskussion in Form einer Pressekonferenz statt – an alle Landtagsabgeordneten, chemische Verbände und Vereine, Industrieführer, Zeitungen, Agenturen, Illustrierte.

Vorbereitet wurde diese Aktion durch Rundfunk- und Fernsehinterviews. Gleichzeitig wurden unsere Forderungen versandt:

1. Anerkennung von Sicherheitsrichtlinien.
2. Einführung einer Invaliditätsversicherung.
3. Minimalsanierung der alten Institute.
4. Errichtung einer „Großen Chemie" als Teil einer Außenuniversität auf dem Niederurseler Hang.
5. Angleichung der Institutsetats an das in Hessen übliche Niveau.

Eine von uns mitveranlaßte Kleine Anfrage im Hessischen Landtag beantwortete Minister Schütte mit dem Hinweis auf das besonders hohe Maß an Sicherheit, das hier erreicht werde. Wir warfen ihm Zynismus und, unwidersprochen, Irreführung des Landtages vor. In einem zwischendurch veröffentlichten Interview des Ministers war zu lesen, daß längst Neubauten hätten erstellt werden können, wenn nur rechtzeitig Pläne und Vorschläge vorgelegt worden wären. Dabei weiß der Minister ganz genau, daß, gemäß einer von ihm selbst erlassenen internen Dienstanweisung, Pläne und Vorschläge ihm nur dann vorgelegt werden dürfen, wenn die Standortfrage geklärt ist. Dies hat er aber stets zu verhindern gewußt. Wir haben daraufhin gegen ihn beim hessischen Ministerpräsidenten Zinn Dienstaufsichtsbeschwerde eingelegt, und, wiederum unwidersprochen, veröffentlicht: Schütte täuscht wiederum die Öffentlichkeit, oder, er informiert sich nicht richtig und ist leichtfertig in seinen Äußerungen. Wir haben Minister Schütte inzwischen viermal aufgefordert, mit uns über unsere Probleme zu sprechen; er lehnte ab, er will nicht „Schlachtopfer sein", so seine eigenen Worte. Zu unserer Pressekonferenz am 24. September schickte er drei Herren, die nach ihren eigenen Aussagen weder vorbereitet waren noch irgendwelche Befugnisse hatten – unsere Fragen und Forderungen hatten wir, aus Gründen der Fairness, eine knappe Woche zuvor gen Wiesbaden gesandt. „Der Herr Minister kam nicht ins explosive Institut" schrieb die „Welt". „In einer eines Ministers unwürdigen Weise habe sich der hessische Kultusminister Schütte vor der Auseinandersetzung über die skandalösen Zustände in den Chemischen Instituten gedrückt" erklärte Arnulf Borsche (MdL). Unsere Methoden, vom Minister öffentlich als „rüde" gegeißelt, hatten bald Erfolg: Dienstaufsichtsbeschwerde und Hinweise auf strafrechtliche Folgen (§ 310a, fahrlässige Brandstiftung) brachten Minister Schütte jetzt dazu, der seit Jahren geforderten Sanierung der alten Institute zuzustimmen; auch die in der Vorwahlzeit entfachte Pressekampagne wird wohl ihre Wirkung gehabt haben. Der Hinweis, daß im Titel 300 für Lehre und Forschung des hessischen Hochschuletats auf den einzelnen Studenten in Frankfurt 320,75 DM, in Gießen dagegen 1347,50 DM entfällt, wurde von dem Herrn Kurator mit der Bemerkung gewürzt: „Der Finanzminister Osswald stammt aus Gießen!" – Der Etat unserer Institute wird wahrscheinlich knapp verdoppelt werden. Wegen einer Invaliditätsversicherung stehen wir in Verhandlungen.

Den leidigen Streit, ob Rebstock oder Niederurseler Hang als Universitätserweiterungsareal dienen sollen, entschieden wir durch Veröffentlichung des bis dahin geheimgehaltenen Gutachtens der „Neuen Heimat" zugunsten des Niederurseler Hangs. Dieses Gutachten hatten wir uns auf unkonventionelle Weise zugänglich gemacht. Im Zusammenhang mit all unseren Aktionen trat ein überraschender Nebeneffekt ein: Eine Solidarisierung zwischen Studenten und Professoren. Andere feilschen mühsam um Hochschulgesetze, Geschäftsordnungen und Satzungen. Bei uns ist ein Institutsrat in Form freundschaftlicher Beratungen längst Wirklichkeit geworden. Demnächst soll er, so ist es unser Wunsch, fest etabliert werden.

Fachschaft Chemie

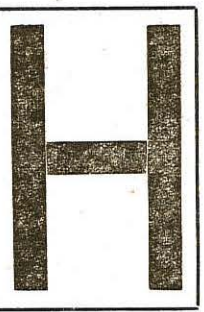
Fahrschule E + E Hanslik

Civil-Ing.

Grundgebühr 50.- Fahrstunde 12.-

6 Frankfurt/Main
Reuterweg 66
Telefon 72 59 83

6451 Dörnigheim a. M.
Hermann-Löns-Str. 7
Tel. Hanau 9 84 19 30



8 Thesen zu einem Programm für demokratische Fachschaftsarbeit

1. Fachschaften sind die Basis für eine demokratische Veränderung der Universität. An ihrem Arbeitsplatz wird den Studenten ihre unmittelbare Abhängigkeit und Bevormundung am besten deutlich.

2. Demokratische Fachschaftsarbeit ist Teil einer notwendigen umfassenderen demokratischen Veränderung von Hochschule und Gesellschaft. Aufgabe demokratischer Studenten muß es sein, in den Fachschaften ein kritisches Potential zu wecken.

3. Studentische Emanzipation muß kollektiv, d. h. allmählich erfolgen. Studentische Emanzipation ist ein Prozeß dauernder Kommunikation, der die Basis kritischer Studenten verbreitert. Kommunikation schließt ein die Fähigkeit und Bereitschaft zur Relativierung der eigenen Position. Die autoritäre Fixiertheit der meisten Studenten an ihre Lehrer darf nicht ersetzt werden durch eine ebensolche an wenige Elite-Studenten.

4. Provokative Maßnahmen sind dann anzuwenden, wenn sie sich an ihren Realisierungschancen ausrichten. Direkte Aktionen sind erst dann zu machen, wenn sie kollektiv vorbereitet worden sind und sich als notwendige Konsequenz eines allmählich eskalierenden Vorgehens erweisen.

5. Eine allmählich eskalierende Strategie setzt an bei den offensichtlichen und allen einsichtigen Mißständen; z. B. Leerlauf des Lehrbetriebs, autoritärer Dozierstil.

6. Der kontinuierliche Prozeß der studentischen Emanzipation erfordert kontinuierliche Arbeit in Basis- und Reformgruppen, in öffentlichen Versammlungen und Gesprächen.

7. Spontane Kritik an Mißständen wird politisch durch gleichberechtigte, institutionalisierte Mitbestimmung der Studenten, z. B. im Institutsrat.

8. Organisatorische demokratische Veränderungen dienen selbst wiederum nur dazu, Studenten zu politisieren, d. h. kritikfähig zu machen, und dazu, die unbewußt kritischen, d. h. einer ihre gesellschaftliche Bedingtheit und gesellschaftliche Funktion reflektierender, zu machen.

Werner Besier

ZIM

oder das Produkt studentischer Gewaltlosigkeit

Rein verbale studentische Proteste haben stets denselben Effekt: sie werden überhört. Daß die Ordinarien der Sachsenhausener Universitätskliniken keine andere Form des Widerstandes von seiten ihrer wißbegierigen Schäfchen zu erwarten haben, hat die Professoren Frey, Siede, Pirlet und Schöffling ermuntert, ohne Beteiligung von Dozenten, Assistenten, MAs und Studenten unter einer „demokratischen und kollegialen Organisationsform" alle Inneren Kliniken zu einem „Zentrum der Inneren Medizin" (ZIM) zu vereinigen. Der Hohn spricht aus dem Konzept, das eine „Veränderung des bestehenden hierarchischen Systems" darstellen soll:

Das ZIM wird durch ein Direktorium geleitet, dem qua Amt permanent die heutigen Lehrstuhlinhaber angehören, außerdem auf Zeit ein „geschäftsführender Oberarzt". Dieses Direktorium entscheidet über alle, den Klinik-, Wissenschafts- und Lehrbetrieb betreffenden Fragen. Nötige Änderungen in der Organisationsstruktur können durch das Veto eines Direktoriumsmitgliedes verhindert werden. Dem Direktorium soll ein sog. Vorstand „beratend" zur Seite stehen. (Zusammensetzung: Vorstand des Direktoriums, 4 Abteilungsdirektoren, 2 Abteilungsleiter, 4 [?] kommissarische Abteilungsleiter, 4 Sektionsoberärzte, der geschäftsführende Oberarzt und der der poliklinischen Einrichtungen, 2 Oberschwestern, 2 Dozenten, 2 Assistenten und 2 Doktorandenvertreter, 16, 4, 2.)

In der Tat beschränkten sich Assistenten, MAs und die medizinische Fachschaft auf rein verbale Proteste und einen Satzungsgegenvorschlag mit drittelparitätischer Zusammensetzung eines Aufsichtsrates, dessen Exekutivorgan ein jederzeit abwählbarer Vorstand sein soll. Der Erfolg war die reibungslose Institutionalisierung des ZIM (Marburger Manifestunterzeichner und Botanik-Ordinarius Egle: „Während der Frankfurter Studentenkrawalle hatten wir zum Glück mit Medizinern und Naturwissenschaftlern keinen Ärger") und damit die Restaurierung des veralteten medizinischen Wissenschafts- und Lehrbetriebes mit dem Selbstverständnis einer „sauberen Wissenschaft" („Wahrheit kann nicht durch Mehrheitsbeschluß festgestellt werden").

Während seit einem Semester einige Medizinstudenten, MAs und Soziologen Begriff und Inhalt der Medizin analysieren (Die Gesellschaft bestimmt Gegenstände und Mittel der Medizin: die Zivilisation ist verantwortlich für Herz- und Kreislaufkrankheiten, Magengeschwüre, Verkehrsunfälle etc. Industrie und Politiker entscheiden wesentlich über Forschungseinrichtungen und die Realisierung ihrer Ergebnisse usw.), um dem Anspruch der Medizin, Krankheiten nicht nur zu heilen, sondern zu verhindern, gerecht zu werden, beantworten die Mitglieder der med. Fakultät die Forderung nach der Einrichtung eines medizin-soziologischen Seminars mit der Bestimmung eines Ausschusses, der zu prüfen hat, ob Soziologie mit Medizin überhaupt etwas zu tun habe.

Abzuwarten bleibt, ob sich nach dem Vorbild des ZIM weitere „demokratische und kollegiale Organisationsformen durchsetzen können, oder ob die neu gegründete „Basisgruppe Medizin" es besser versteht als die Fachschaft, ihre inhaltlich begründeten Forderungen in die politische Sprache zu übersetzen, die offensichtlich nicht so leicht überhört wird.

Cr.

adam griff etwas voreilig zu,
als eva ihm obst anbot –
das hatte weitreichende folgen.

bei mir können sie vorbehaltlos zugreifen, sie tun nämlich etwas für ihre gesundheit.

vitamine für ihr studium

obsthalle schmidt

obst - gemüse - lebensmittel - getränke

vor dem haupteingang der uni – jügelstraße

FACHSCHAFTEN

Für den rechtverstandenen REFORMISMUS

Zu Semesterbeginn starteten FV und Reformgruppe der Anglisten in den Vorlesungen der Ordinarien gezielte actions directes. In einem Offenen Brief an die Dozenten hatten die Studenten die Aufhebung der Trennung von Vortrag und sich anschließender Diskussion, statt dessen jederzeit mögliche spontane Kritik einerseits und das Erstellen von Thesenblättern zu den Ausführungen des Dozenten andererseits gefordert.

Die Forderung wurde von allen Professoren erfüllt.

Inzwischen haben sich zu den einzelnen „Vorlesungen" Arbeitsgruppen konstituiert; für die Shakespeare-Vorlesung (Prof. H. Viebrock) allein sieben. Wie weit der Entmündigungsprozeß der Studenten auch im wissenschaftlichen Bereich schon fortgeschritten ist, zeigt sich gerade an den Schwierigkeiten, mit denen diese Arbeitsgruppen zu kämpfen haben: Sie wissen nicht, was sie tun sollen. Im Zweifelsfalle also Lesen mit verteilten Rollen. Das macht Spaß.

Einige Gruppen erkannten das Dilemma in der nichtvorhandenen Methodologie der Literaturwissenschaft. Da es um Shakespeares Historien ging, wollten sie sich über die kritische Vergegenwärtigung der Realgeschichte sowohl der von Shakespeare dargestellten Zeitabschnitte als auch seiner eigenen Zeit an die Thematik heranarbeiten. Sie fanden das 24. Kapitel im Kapital I „Über die ursprüngliche Akkumulation", in dem Marx als Beispiel den Übergang von der Feudalzeit zum Zeitalter des aufstrebenden Bürgertums in England anführt. Eine nicht-ideologische Geschichtsbetrachtung konnte nur erfolgen mit dem geschichts-philosophischen Konzept des historischen Materialismus, wollte man nicht kritiklos den positivistischen Quellenfetischismus mitmachen.

Jegliche Thematik der Shakespeare-Stücke konnte nicht losgelöst von ihrer historisch-gesellschaftlichen Vermittlung diskutiert werden.

Sollte man nun Rundschreiben verschicken als Anleitung zur Betrachtung von Shakespeare-Dramen? Die methodische Klärung wollte man über eine Opposition zur offiziellen Literaturwissenschaft erreichen. Man erstellte ein 14-Thesen-Blatt. Darin wird der bürgerlichen Literaturwissenschaft vorgeworfen, sie arbeite mit – nach ihrem Verständnis – ahistorischen Begriffen wie Geist, Natur, Freiheit, die doch nur als geschichtliche zu begreifen seien. Die bürgerliche Literaturwissenschaft projiziere ihre eigenen, unreflektierten Prämissen auf ihre Betrachtungsgegenstände. Damit sei sie ideologisch.

Um eine Objektivität herzustellen, bedürfe es der Ideologiekritik mit Hilfe des materialistischen Geschichtskonzepts. Denn nur durch den Stand der Produktionsverhältnisse hindurch lasse sich ein literarisches Produkt erkennen. Freilich wird nicht geleugnet, daß es für die Erkenntnisse des Literarischen mehr bedarf als nur des Bewußtseins um den jenes bedingenden Unterbau.

Allerdings müßte dann ein der Sache unangemessenes Festhalten an starren Einzeldisziplinen einer wirklich interdisziplinären Fragestellung weichen. Für ein allein nicht-ideologisches Interesse, nämlich ein emanzipatives – im Gegensatz zum ästhetisch-traditionellen einer affirmativen Kultur – an den literarischen Gegenständen könne die Fragestellung – wie es in dem Papier heißt – nur lauten: Wie objektiviert sich Gesellschaft in den Kunstwerken? (Nach Adorno „Parva Aesthetica" S. 102). Prof. Viebrock stellte sich sofort einer Diskussion. Er verzichtete auf die lautstarke Unterstützung aus dem Publikum. Er wich keiner Frage aus. Man setzte ihm als einem Vertreter der offiziellen Literaturwissenschaft hart zu. Allerdings wollte er keineswegs alle Vorwürfe gegen die bürgerliche Literaturwissenschaft auf sich bezogen wissen. In einem von ihm erstellten Gegenblatt akzeptiert Viebrock die meisten der 14 Thesen, hält andererseits an einer „Paradoxie von vermittelter Unmittelbarkeit des literarischen Kunstwerks" fest.

Inzwischen sind noch zwei weitere Gegenthesenblätter erstellt worden. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen.

W. B.

ACHTUNG ANGLISTEN: FVV Di., 26. 11., 10 bis 12 Uhr, Institutsrat.

HOCHSCHULPOLITISCHES FORUM: Do., 21. 11., 20 Uhr, Appelsgasse 1.

Winterball

Die Fachschaft Medizin der Joh. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main lädt ein: Großer Winterball Freitag, 10. Januar 1969, 20 Uhr, in der Jahrhunderthalle in Ffm.-Höchst. Es spielt das Tanzorchester Georg Glas (Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks) und The Crickets Five. Studentenkarten 7,– DM, Gästekarten 12,– DM ab 18. November 1968 in der Fachschaft Medizin HA 6058, Tel. 61 45 07, im AStA der Universität Tel. 798 3180 und an der Abendkasse.

Fachschaft Medizin

Studentensport

Unbemerkt von den meisten Universitätsangehörigen ist an der Ecke Ginnheimer Landstraße/Franz-Rücker-Allee eine Großbaustelle entstanden.
Dort entsteht innerhalb der nächsten fünf Jahre auf einem Gelände von 14 ha das unversitätseigene Sportzentrum, gebaut und eingerichtet nach den modernsten Gesichtspunkten des Sportstättenbaus.
Das gesamte Projekt ist aus Finanzierungsgründen in vier Bauabschnitte unterteilt, von denen die ersten beiden die Erstellung und Einrichtung sämtlicher Gebäude, die Bauabschnitte 3 und 4 aber den Bau der Außenanlagen umfassen.
Dazu gehören auch zwei Schwimmbekken. Sie bilden zusammen mit Tribünen und Umkleidekabinen ein eigenes Zentrum innerhalb der gesamten Anlage.
Neben den Sportbegeisterten findet auch das Institut für Leibesübungen in Ginnheim eine neue Heimat. Ihm stehen im zweigeschössigen Institutsgebäude unter anderem im Untergeschoß ein Aufenthaltsraum für 100 Personen, der gleichzeitig als Kantine genutzt werden kann, Verwaltungsräume sowie elf Assistentenzimmer im Erd- und Obergeschoß zur Verfügung. Außerdem befinden sich dort eine Bibliothek für 1000 Bände, ein Seminarraum für 50 Personen sowie ein Photolabor.
Als Clou des Ganzen aber erhält das IfL als erstes Institut der Universität einen vollklimatisierten Hörsaal, der mit einer Großprojektionsanlage für Farbfernsehsendungen sowie mit einer Vorführanlage für 22-mm-Film ausgestattet ist.
Mit dem dahinter liegenden Spielhallengebäude ist das Institut durch einen überdachten Gang verbunden, so daß der IfL-Pförtner auch den Zugang zur Spielhalle kontrollieren kann. Von dort aus kann er auch die Funktionen aller technischen Anlagen überwachen, die mit dem Heizkraftwerk und der AKAFLIEG-Werkstatt in einem Nebengebäude installiert sind.
Das größte Objekt der „Bezirkssportanlage West" aber — so die offizielle Bezeichnung der Stadt Frankfurt — ist das Spielhallengebäude mit 121 m Länge, 30 m Breite und einer Höhe von 7 m. Es enthält in sich 7 verschieden große Hallen, die unabhängig voneinander benutzt werden können.
Für die Ballspiele dient eine 43 x 30 m große Halle mit Zuschauertribünen für 300 Personen. Die kleineren Hallen mit je 13 m Breite stehen für Turnen, Gymnastik, Fechten, Boxen und Gewichtheben zur Verfügung. Die Ringer und Judokas müssen mit der kleinsten Halle vorliebnehmen, sie ist nur 16 x 8,70 m groß.
Das bis zu 1,80 m tiefe Lehrschwimmbecken im Spielhallengebäude hat dagegen die ansehnliche Größe von 10 x 16,60 m.
Nach der Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts werden sich die erhitzten Athleten überdies in einer Sauna erfrischen können.
Die AKAFLIEG, die bisher im Keller des Universitätshauptgebäudes unter außerordentlich ungünstigen räumlichen Bedingungen ihr Dasein fristen mußte, wird neben einer Holz- und einer Metallwerkstatt, für deren Einrichtung sie allerdings selbst aufkommen muß, eine Abstellhalle für acht Segelflugzeuge erhalten.
In den Außenanlagen werden die Freunde des „weißen Sports" ideale Bedingungen vorfinden: 6 Tennisplätze, eine Ballübungswand sowie einen Turnierplatz mit Tribünen.
Wichtigstes Bauwerk aber ist der sogenannte Kernplatz mit einem Fußballfeld in internationalen Maßen und Anlagen für sämtliche Leichtathletikdisziplinen. Interessierte Zuschauer, die sich bei Wettbewerben hoffentlich recht zahlreich einstellen werden, können auf einer 2000 Personen fassenden Sitzterrasse an der Längsseite des Spielfeldes Platz nehmen.
Die Anhänger der beliebtesten Ball- und Rasenspiele finden natürlich einen eigenen Platz, die Basketballer zwei, die Volleyballspieler sogar vier.
Ein Leckerbissen für die Freunde des nassen Sports ist schließlich das Schwimmzentrum, das als selbständige Anlage mit eigenen Umkleideräumen und Tribünen innerhalb des Außengeländes errichtet wird. Es besteht aus Schwimmbecken mit acht Bahnen (20 x 50 m) und einem Sprungbecken 20 x 20 m mit Sprungturm, der vom 10-m- bis zum 1-m-Brett alle für Kunstspringen notwendigen Höhen aufweist.

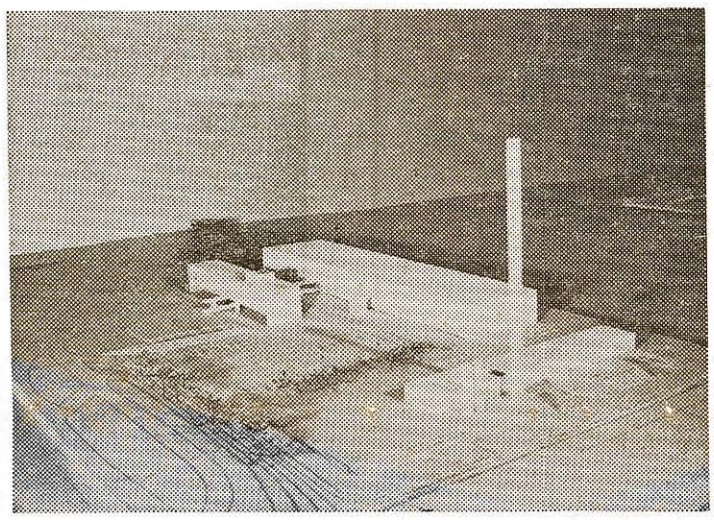


Foto: Giebenhain

Das Geld für das neue Universitätssportzentrum, das der Öffentlichkeit nicht zugänglich sein soll, stammt aus Mitteln des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung und der Stadt Frankfurt. Leider tröpfeln die beiden Geldhähne so langsam, daß nach dem derzeitigen Finanzierungsplan die einzelnen Bauabschnitte nur nacheinander fertiggestellt werden können.

Planung und Bauleitung liegen in den Händen des Universitätsbauamtes.

Universitätsbuchhandlung
Blazek & Bergmann
Dr. H. Bergmann
Frankfurt am Main
Goethestraße 1 (Ecke Goetheplatz)
Telefon 28 36 33, 28 52 64
Gegründet 1891

Die Fachbuchhandlung für den Studenten und Wissenschaftler im Zentrum der Stadt

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG WÖTZEL

MEDIZIN · Zahnmedizin · Psychologie · NATURWISSENSCHAFTEN

6 Frankfurt/Main-Süd, Paul-Ehrlich-Str. 24 / Ecke Vogelweidstr.
Telefon 68 24 30 und 61 26 57

Tatsächlich alles, was der Mediziner braucht und wünscht, findet er bei uns in Sekundenschnelle!

Großes Antiquariatslager moderner Auflagen, deren Eignung wir überprüften.

stets: informiert · schnell · sorgfältig · leistungsfähig

Führend in MEDIZIN . . . von einem MEDIZINER geführt

Veranstaltungskalender November - Dezember

Satirisches Theater Die Schmiere

Im Karmeliterkloster (Nä. Theaterplatz) T. 28 10 66 Tag u. Nacht
Dienstags, donnerstags, sonntags, 20.30 Uhr:
MENSCH IN ASPIK
Mittwochs, 20.30 Uhr:
DIE KATZE TRITT DIE TREPPE KRUMM!
Samstags, 19.30 Uhr:
SIE NENNEN DAS MÄDCHEN EINFACH: PAUL!
21.30 Uhr: **SIE SIND EIN FERKEL, EXZELLENZ!**
Alle Programme von **RUDOLF ROLFS**
Freitags, 20.30 Uhr:
DIE TOTE RATTE IN DER LIMONADEFLASCHE oder **JEDE LEICHE 'NEN GROSCHEN**

atelier am ZOO

Mitglied der Gilde der Filmkunsttheater

Frankfurt, Pfingstweidstraße 2, Telefon 49 17 25
STUDENTEN MIT AUSWEIS ZAHLEN DM 1,80 (AUSSER SA. U. SO.)

Anfangszeiten: Täglich 15.00, 17.15, 19.30, 21.45 Uhr
Bitte beachten Sie die Ausnahmen!

Freitag bis Montag, 22. 11. — 25. 11. bw
Peter Brogle, Wolfgang Reichmann
LEBENSZEICHEN
Ein Film von Werner Herzog

Dienstag, 26. 11. w
Alec Guinness, Stanley Holloway
EINMAL MILLIONÄR SEIN
Regie: Charles Crichton

Mittwoch, 27. 11. bw
Jeanne Moreau, Anthony Perkins
DER PROZESS
Regie: Orson Welles

Donnerstag, 28. 11. bw
Anne Wiazemski
ZUM BEISPIEL BALTHASAR
Buch und Regie: Robert Bresson

Freitag bis Sonntag, 29. 11. — 1. 12.
Michèle Morgan, Catherine Deneuve
BENJAMIN
Regie: Michel Deville

Montag, 2. 12. w
Jane Fonda, Lee Marvin
CAT BALLOU
Regie: Elliot Silverstein

Dienstag, 3. 12. bw
Jean-Pierre Léaud
MASCULIN — FEMININ
Regie: Jean-Luc Godard

Mittwoch, 4. 12. w
Alec Guiness, Joan Greenwood
DER MANN IM WEISSEN ANZUG
Regie: Alexander Mackendrick

Donnerstag, 5. 12. bw
Anne Wiazemsky
LA CHINOISE
Regie: Jean-Luc Godard

Freitag bis Montag, 6. 12. — 9. 12.
Jeanne Moreau, Oskar Werner, Henri Serre
JULES UND JIM
Regie: François Truffaut

Dienstag, 10. 12. bw
Emil Jannings
DER ZERBROCHENE KRUG
Regie: Gustav Ucicky

Mittwoch, 11. 12.
Micheline Presle, Marcel Pagliero
DAS SPIEL IST AUS
Regie: Jean Delannoy

Donnerstag, 12. 12.
Moira Shearer, Marius Goring
DIE ROTEN SCHUHE
Regie: Preßburger und Powell
Geänderte Anfangszeiten (15.00, 17.45, 20.30) und Preise

Freitag bis Sonntag, 13. 12. — 15. 12. bw
Anthony Quinn, Irene Papas, Alan Bates
ALEXIS SORBAS
Regie: Michael Cacoyannis
Musik: Mikis Theodorakis
Geänderte Anfangszeiten (15.00, 17.45, 20.30) und Preise

Montag, 16. 12.
Gérard Philipe, Micheline Presle
TEUFEL IM LEIB
Regie: Claude Autant-Lara

Änderungen vorbehalten: w = wertvoll, bw = besonders wertvoll.

Jetzt Skifahren?

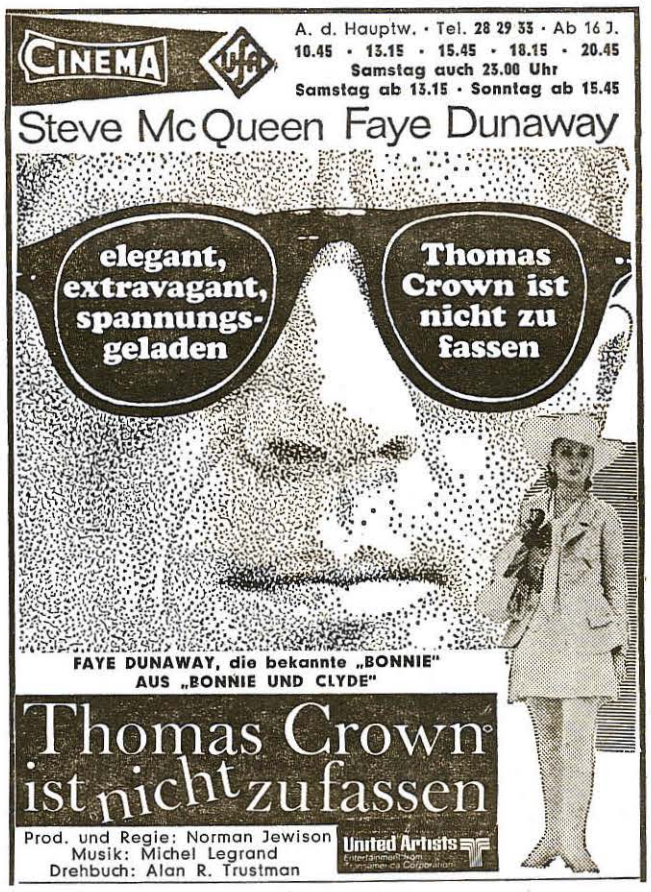
Warum nicht, machen Sie die Augen zu, lassen Sie Ihrer Phantasie freien Lauf! Die Vorfreude begleitet Sie durchs Semester und gibt Ihnen Halt beim Pauken. Stellen Sie sich vor — Pulverschnee, der in der Sonne glitzert, weißgepuderte Gipfel, die sich gegen tiefblauen Himmel abheben. Es heißt immer, Winterurlaub ist schöner und erholsamer, aber auch teurer als Sommerferien. Bei uns brauchen Sie sich wegen der Finanzierung Ihrer Winterferien keine grauen Haare wachsen lassen. Wir haben uns nämlich schon wegen Ihrem schmalen Geldbeutel Gedanken gemacht.
Betrachten Sie sich zum Beispiel unser Traditionsprogramm Pozza di Fassa in den Dolomiten. Schon für 175,— DM können Sie dort bei Vollpension acht herrliche Tage verleben. Vom gesellschaftlichen Leben in Pozza, das durch die Uni Frankfurt geprägt ist, haben Sie sicher schon gehört.
Neu in unser Programm haben wir Fahrten nach Kaprun (neueröffnete Gletscherbahn auf 3029 m), Saas-Grund (täglicher Transfer nach Saas Fee) und zum zweitenmal nach Verbier (Urlaub im Chalet) aufgenommen.
Sie sehen, Ihr Reisereferat denkt an Sie — denken Sie auch an uns, informieren Sie sich und buchen Sie schnell.

AStA-Reisereferat
Jügelstraße 7

Lippmann + Rau Veranstaltungen

Mittwoch, 27. November, 18.00 und 21.00 Uhr, Jahrhunderthalle Höchst
BEE GEES
featuring the Wonderland and Marbles
Donnerstag, 28. November, 19.00 und 21.45 Uhr, Jahrhunderthalle Höchst
DIANA ROSS
and the
SUPREMES
und Begleitorchester and the
JIMMY SMITH TRIO
Samstag, 30. November, 20.00 Uhr, Jahrhunderthalle Höchst
Einmalige Wiederholung — „stern" präsentiert
HILDEGARD KNEF
singt Lieder und Chansons, begleitet vom Orchester Kurt Edelhagen
Dienstag, 10. Dezember, 19.00 und 21.45 Uhr, Jahrhunderthalle Höchst
Gala — „Bunte" präsentiert
TOM JONES
singt seine Welterfolge, begleitet vom Orchester Ralph Dollimore
Mittwoch, 11. Dezember, 20 Uhr, Kongreßhalle (Messegelände)
DONOVAN
singt seine Welterfolge (Hurdy Gurdy Man, Mellow Yellow, Jennifer Juniper)
Karten bei den bekannten Vorverkaufsstellen

Sie kaufen günstiger
TONBÄNDER
CASSETTENRECORDER
KOFFERRADIOS *bei*
HEIN
6 Frankfurt, Adalbertstr. 1a, Nähe Universität



Städtische Bühnen Frankfurt

Oper

Aida
21. 11.
Carmen
22. 11.
4. 12.
Giselle (von Adam)
Souvenirs (von Barber)
23. 11., 13. 12.
Wer hat Angst vor Virginia Woolf?
24. 11.
Violinabend Nathan Milstein
25. 11.
Johanna auf dem Scheiterhaufen
26. 11., 28.11., 3. 12., 5. 12.
Die Zauberflöte
27. 11., 10. 12.
Die Fledermaus
29. 11.
La Cenerentola
30. 11.
Fürst Igor
1. 12.
Die Hochzeit des Figaro
6. 12.
Der Vogelhändler
7. 12., 15. 12.
La Traviata
8. 12.
Die verkaufte Braut
11. 12.
Der Freischütz
12. 12.

Schauspiel

Rosenkranz und Güldenstern sind tot
22. 11., 27. 11., 4. 12.
Der Raub der Sabinerinnen
21. 11., 30. 11., 1. 12., 11. 12., 13. 12.
Geschichte des Götz von Berlichingen
23. 11., 2. 12., 8. 12., 12. 12., 15. 12.
Das Susannchenspiel
24. 11., 26. 11., 29. 11., 5. 12., 9. 12., 14. 12.
Soldaten
28. 11., 6. 12., 16. 12.

Kammerspiel

Amerika Hurra
21. 11., 23. 11., 28. 11., 30. 11., 1. 12., 7. 12., 8. 12. — 13. 12., 15. 12.
Landshuter Erzählungen
24. 11., 25. 11., 29. 11., 3. 12., 5. 12., 9. 12., 14. 12.
Die Beute
22. 11., 27. 11.
Tanzabend Roni Segal
30. 11.
Jutta Ludewig, Tanzgastspiel
6. 12.

GUTSCHEIN*

Frankfurter Resistenztheater

Kabarett Die Maininger

Leitung: Conrad Reinhold
Neue Rothofstraße 26 a
6 Frankfurt am Main,
(Parallel zur Goethestraße
Nähe Opernplatz)
Tel. bis 18 Uhr: 8 24 34, ab 18 28 02 27
29. 11, 30. 11., 7. 12.
täglich außer Montag 20.30 Uhr

„Scherze in Moll"

Hochaktuelles Kabarett-Programm von Conrad Reinhold
Es gastieren u. a. Willy Brandt, Heinrich Lübke, Walter Ulbricht dazu der Bundestagsbrand zu Bonn
12. 12. — 15. 12.
„Conny läßt die Puppen tanzen"
Premiere am 12. Dezember
Studenten erhalten bis zu 50 Prozent Ermäßigung!

* Gegen Abgabe dieses Gutscheins erhalten Sie zusätzlich 15 Prozent Ermäßigung.

Theater am Turm

Landesbühne Rhein-Main

Spielplan vom 20. November bis 12. Dezember 1968

20. 11., 24. 11., 28. 11.
„Die Einladung" von Jochen Ziem

21. 11., 22. 11., 29. 11., 30. 11., 13. 12.–15. 12.
„Der Widerspenstigen Zähmung" von Shakespeare

23. 11., 4. 12.–8. 12.
„Ein Florentiner Hut" von Labiche

27. 11.
Amphitryon" von Molière

11. 12., 12. 12.
„Glückliche Tage"
von Samuel Beckett

Die Katakombe

Frankfurts Kellertheater

Schützenstr. 8, am Brückenkeller, Telefon 28 47 50

Spielplan bis 16. Dezember 1968

LEONCE UND LENA
von Georg Büchner

23. 11., 24. 11., 30. 11., 1. 12., 10. 12.–15. 12.

KAISER JONES
von Eugene O'Neill
21. 11., 22. 11., 26. 11., 27. 11., 3. 12.–7. 12.

Kleines Theater im Zoo

Frankfurt am Main
Direktion: Fritz Rémond

Programm vom 15. Oktober bis 3. November

KOMÖDIE IM DUNKELN
von Peter Shaffer
mit Herbert Mensching
Inszenierung: Hans Korte

Programm vom 6. November bis 8. Dezember
Theo Lingen in
HALBE WAHRHEITEN
Lustspiel von Alan Ayckbourn
Inszenierung: Theo Lingen

Kassenstunden: täglich von 11 bis 14 und 17 bis 20 Uhr (T. 43 51 66)

Der Mediziner

kauft seine Bücher und Zeitschriften bei
Johannes Alt
seit 1868
Buchhandlung und Antiquariat für Medizin
6 Frankfurt S 10
Gartenstraße 134
Nähe Universitätskliniken
Tel. (Ffm. 06 11)
61 29 93 und 61 37 74

- Reichhaltiges Lager aller Lehrbücher und Kompendien
- Günstige Antiquariats-Angebote
- Medizinische Wochenschriften im Studentenabonnement

Ein Besuch bei mir lohnt sich immer!